

## Kommt das 365-Euro-Ticket?

Seit der Einführung der preisgünstigen Jahreskarte in der Stadt Wien im Jahr 2012 reißt die öffentliche Diskussion um das 365-Euro-Ticket auch hierzulande nicht ab. Die Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder sowie die Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien brachten Bewegung ins Spiel.

„Für die großen Städte München, Nürnberg/Fürth/Erlangen, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt und Würzburg wollen wir auf Dauer ein 365-Euro-Jahresticket einführen. Auf dem Weg dorthin schaffen wir innerhalb der Verkehrsverbünde die Voraussetzungen für neue Tarifangebote für Jugendliche sowie Schülerinnen und Schüler“, lautet die betreffende Passage im Koalitionsvertrag.

Allerdings sind diese Pläne noch mit einer Reihe offener Fragen verbunden. So etwa zur räumlichen Gültigkeit des Tickets für Jedermann. Ist diese nur für die genannten Nachbarstädte Nürnberg, Fürth und Erlangen vorgesehen oder für den Gesamttraum? Die Ziele einer nachhaltigen Mobilität, der Reduzierung des Autoverkehrs und der Luftbelastung in den Zentren erfordern, dass das Tarifangebot nicht an den Stadtgrenzen endet. Den Großteil der Verkehrsbelastung in den Zentren verursacht nämlich der über die Stadtgrenzen verlaufende Verkehr. Auch aus Gründen der Tarifgerechtigkeit wäre es den Fahrgästen nicht vermittelbar, die Region und auch die anderen Zentren im VGN-Gebiet von der geplanten Vergünstigung des ÖPNV auszuschließen.

Ein Problem wären zudem die großen Preissprünge an den Stadtgrenzen. Die Pkw-Fahrt aus den Nachbargemeinden über die Stadtgrenze würde zu einer erheblichen Verringerung des Fahrpreises führen. Beim heutigen Tarifstand kostet etwa das Jahresabo der Preisstufe 3+T rund 1070 Euro. Wer zum Beispiel aus Wendelstein oder Heroldsberg die relativ kurze Strecke ins Nürnberger Stadtgebiet mit dem Auto zurücklegt, hätte dort mit einem 365-Euro-Ticket einen um 705 Euro niedrigeren Fahrpreis. Bei der Preisstufe 3,



zum Beispiel Fahrten aus Schwabach nach Nürnberg oder aus Cadolzburg nach Fürth, läge die Ersparnis noch bei 540 Euro. Solche Effekte könnten zu einer Erhöhung des Pkw-Verkehrs und vermehrtem Parkdruck an der Stadtgrenze führen. Gerade bei den betroffenen Bahnstrecken käme das einer Rückverlagerung von Fahrgästen auf den Individualverkehr gleich. Die Autofahrt und sogar der Fußweg bis zur nächsten Tarifzongrenze ist schon heute ein beobachtetes Phänomen. Von der räumlichen Gültigkeit des Tickets hängt nicht zuletzt die Abschätzung der entstehenden Einnahmefälle und somit des Finanzierungsbedarfs ab.

Als ersten Schritt hat der Freistaat nun die Einführung eines vergünstigten Schüler-tickets auf die Agenda gesetzt. Dieses soll offenbar schon zum Fahrplanwechsel Ende 2020 auf den Weg gebracht werden. Ungewiss ist auch bei diesem Ticket die räumliche Gültigkeit. Denn bislang gibt es den ermäßigten Fahrpreis nur für den Weg zwischen Wohnung und Ausbildungsstätte. Auch im Hinblick auf die Ausgleichsleistungen nach §45a PBefG stellen sich Fragen. Zu diesen und weiteren Themen ist die Verbundgesellschaft bereits im Gespräch mit dem Freistaat.

Auf den Verbundtarif hätten die geplanten Tickets noch weitergehende Auswirkungen.

gen. Im Falle einer verbundweiten Gültigkeit müssten eventuell preisliche Abstufungen vorgesehen werden. Manche bestehenden Zeitkarten wären mangels Nachfrage vermutlich obsolet. Tickets mit Zusatznutzen wie Mitnahme oder Übertragbarkeit müssten wohl erhalten bleiben, aber im Vergleich zum Jahresticket preislich noch attraktiv sein. Noch nicht absehbar sind mögliche Auswirkungen auf das Semesterticket. Auf betrieblicher Seite hätten die Verkehrsunternehmen zu prüfen, welche Anforderungen an das Verkehrsangebot und möglicherweise die Infrastruktur durch eine steigende Nachfrage auf den Linien entstehen.

**Fazit:** Die Ankündigungen im Koalitionsvertrag der bayerischen Regierungsparteien sind zu begrüßen. Sie bekräftigen die Absicht des Freistaats, den ÖPNV verstärkt zu fördern und dessen Attraktivität zu erhöhen. Ein Ziel ist die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für Jedermann bis 2030. In einem ersten Schritt bereitet der Freistaat ein tarifliches Angebot für Jugendliche und Schüler vor. Zu den zahlreichen offenen Fragen ist die Verbundgesellschaft bereits im Kontakt mit dem Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr.